

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (Ed.)

Research Report

Suffizienzpolitik als Booster zum Erreichen der Klimaschutzziele

Zukunftsimpuls, No. 27

Provided in Cooperation with:

Wuppertal Institute for Climate, Environment and Energy

Suggested Citation: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (Ed.) (2023) : Suffizienzpolitik als Booster zum Erreichen der Klimaschutzziele, Zukunftsimpuls, No. 27, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, Wuppertal

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/279558>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Suffizienzpolitik als Booster zum Erreichen der Klimaschutzziele



Die bisher ergriffenen Klimaschutzmaßnahmen reichen nicht aus, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Suffizienzstrategien können den Wandel bringen – bei Konsum, Gebäuden, Verkehr, Kreislaufwirtschaft und Energie.

Die Themen des Zukunftsimpulses

- 03 Einführung: Suffizienz – die Strategie für ein gutes Leben für alle

- 08 Konsum – mehr als Kaufen und Verbrauchen

- 14 Gebäude: Bestand besser nutzen – Flächenwende ermöglichen

- 21 Verkehr verringern, Wege verkürzen, Menschen mobil machen

- 28 Kreislaufwirtschaft: Rohstoffe und Güter besser nutzen – vom Produktdesign bis zur Entsorgung

- 35 Energie: Verbrauch reduzieren, Verbraucher beraten, Verschwendung vermeiden



Einführung: Suffizienz – die Strategie für ein gutes Leben für alle

Suffizienz ist die Frage nach dem richtigen Maß für Konsum und Produktion. Nachhaltigkeit erfordert eine dreifache Strategie: Effizienz ist weithin akzeptiert, Konsistenz der Übergang zu Technologien, die mit der Natur im Einklang stehen – aber ohne Suffizienz verfehlen beide das Ziel.

*Autor*innen: Lotte Nawothnig, Dr. Benjamin Best,
Prof. Dr. Wolfgang Sachs, Prof. Dr.-Ing. Manfred Fischedick*



Das Wort Suffizienz kommt vom lateinischen „Sufficere“ und bedeutet in etwa ausreichen oder genügen. Dieses Genug hat in Bezug auf Suffizienz eine doppelte Bedeutung. Erstens im Sinne planetarer Obergrenzen: Sie beschreiben, wie viel Ressourcenverbrauch genug sein muss, damit die Erdsysteme stabil bleiben. Zweitens als soziale Untergrenze: Sie sagt aus, wie viel genug ist für ein gutes Leben. Beim Überschreiten der Obergrenze steht langfristig nicht weniger auf dem Spiel als das Überleben der Spezies Mensch. Und wenn die Untergrenze nicht für die gesamte Bevölkerung gesichert ist, fällt der soziale Frieden in unserer Gesellschaft – und zwar potenziell sehr kurzfristig.

In ihrer heutigen Form wird Suffizienz spätestens seit Mitte des letzten Jahrhunderts diskutiert: Ernst F. Schumachers „Buddhist Economics“, Ivan Illichs „Tools for Conviviality“ oder das Standardwerk „Die Grenzen des Wachstums“ basieren auf Suffizienz. Wolfgang Sachs führte 1993 die vier „E“ ein: Mit Entschleunigung, Entflechtung, Entrümpelung und Entkommerzialisierung skizzierte er



Kontext politischer Suffizienzstrategien: Der Fokus liegt auf Entscheidungsträger*innen, statt auf Individuen.

Eckpfeiler eines suffizienten Lebens. Diese vier „E“ setzten Uwe Schneidewind und Angelika Zahrt 2013 in den Kontext politischer Suffizienzstrategien – und legten den Fokus damit auf Entscheidungsträger*innen, statt auf Individuen.

Effizienz und Konsistenz reichen nicht

Doch Wirtschaft und Politik setzen beim Thema Umweltschutz fast ausschließlich auf Effizienz und Konsistenz. Zwar ist Effizienz

unverzichtbar für die Versorgung aller Menschen unter Achtung der planetaren Grenzen, scheitert aber am Rebound-Effekt: Steigende Zahlen bei Wohnflächen, Elektrogeräten oder Fahrzeugbestand fressen Effizienzgewinne wieder auf und verzögern die Transformation hin zur Klimaneutralität. Auch Konsistenz, also die Wahl technikbasierter, vermeintlich sauberer Alternativen, führt nicht immer zum gewünschten Ergebnis: Das Ziel der Ampel-Koalition etwa, bis Ende des Jahrzehnts

15 Millionen E-Autos auf die Straße zu bringen, lässt außer Acht, dass dafür enorme Mengen an Ressourcen nötig sind – und dass auch E-Autos nicht emissionsfrei sind. Effizienz und Konsistenz verhelfen dazu, die Dinge richtig zu tun, Suffizienz aber, die richtigen Dinge zu tun. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, ohne Gefahr zu laufen, dass es zu Problemverschiebungen kommt, müssen die Suffizienzpotenziale und deren Umsetzungsmöglichkeiten viel stärker als bisher in den Blick genommen werden.

Was Suffizienz für Deutschland bedeutet

Bezogen auf reiche Länder wie Deutschland heißt das: Suffizienzpolitik muss in erster Linie unnötigen und exzessiven Konsum beschränken, um einen Beitrag zum Schutz der planetaren Grenzen zu leisten. Entsprechend wird Suffizienz oft mit individuellen Verhaltensänderungen assoziiert – also der Notwendigkeit, sich einzuschränken. Tatsächlich ist Suffizienzpolitik viel mehr, sie erweist sich als Multi-Solving-Strategie: Richtig umgesetzt, kann sie finanzschwache Haushalte sogar entlasten, etwa bei den Energiekosten,

„Effizienz und Konsistenz verhelfen dazu, die Dinge richtig zu tun, Suffizienz aber, die richtigen Dinge zu tun.“

wenn durch kluge Maßnahmen der Verbrauch gesenkt wird. Auch für andere Bereiche bietet gut gemachte Suffizienzpolitik Win-Win-Lösungen: In der Verkehrs- und Stadtplanung etwa vereint sie durch Versiegelungs-, Suburbanisierungs- und Verkehrsvermeidung Natur- und Klimaschutz mit einer Verbesserung der Lebensqualität in den Städten. Kombiniert mit verbesserten ÖPNV-Angeboten führt das zugleich zu monetären Erleichterungen für viele Menschen. Trotzdem scheuen deutsche Regierungen das Thema Suffizienz bisher. Zu groß ist die Angst vor der Verzichtsdebatte und dem – vermeintlichen – Willen der Wähler*innen. Dabei sind diese zu viel mehr bereit, als man ihnen zutraut, wenn man ihnen den Nutzen veränderten Verhaltens gut erklärt.

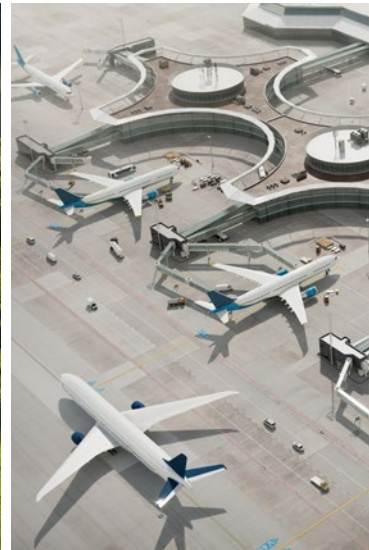
2022 – ein flüchtiger Blick auf das enorme Potenzial von Suffizienz

Obwohl der Primärenergieverbrauch seit Jahren deutlich zurückgeht, stagniert der Endenergieverbrauch im Wesentlichen seit 1990. Dass Politik, Wirtschaft und Gesellschaft damit meilenweit unter ihren Möglichkeiten bleiben, zeigte sich 2022 im Zuge der durch den russischen Angriff auf die Ukraine ausgelösten Energiekrise: Energiesparen war plötzlich möglich! In der zweiten Jahreshälfte lag der Gasverbrauch, quer durch alle Sektoren, satte 23 Prozent unter den Verbrauchsprognosen, wie eine in Nature Energy publizierte Studie zeigt. Fast ein Viertel weniger Verbrauch, fast ohne Vorlaufzeit – ein eindrucksvoller Vorgeschmack dessen, was mit Suffizienzpolitik

möglich ist, wenn sie beherzt angegangen wird, die passenden Rahmenbedingungen gesetzt werden und alle Sektoren ihren Beitrag leisten. Die Politik sollte dies zum Anlass nehmen, den Mut für die Umsetzung kluger Suffizienzpolitik aufzubringen, die nachhaltiges Verhalten ermöglicht. Die gute Nachricht: Die meisten Wähler*innen wollen es!

Bürger*innenräte empfehlen Suffizienzpolitik

Bisher haben die Mitgliedsländer der EU sehr wenige Suffizienzmaßnahmen in ihren Energie- und Klimaplänen. Im Gegensatz dazu empfehlen Bürger*innenräte in vielen EU-Staaten jedoch auffallend viel Suffizienzpolitik – und stehen auch verstärkten ordnungspolitischen Maßnahmen durchaus offen gegenüber, wenn sie hinreichend erläutert werden: Maßnahmen wie Werbeverbote für klimaschädliche Produkte, Inlandsflugverbote oder Tempolimits erhalten hohe Zustimmung. In den meisten Ländern machen Suffizienzmaßnahmen rund 30 bis 60 Prozent der Empfehlungen aus.



Maßnahmen wie Werbeverbote für klimaschädliche Produkte, Tempolimits oder Inlandsflugverbote erhalten hohe Zustimmung.

Breite Zustimmung zu regulativen Maßnahmen

Suffizienzpolitik findet also Zustimmung, wenn die Bedingungen stimmen. In Bürger*innenräten trägt sicher die Beratung durch Fachleute dazu bei, Suffizienz als Strategieelement besser einschätzen zu können. Aber auch in der breiten Bevölkerung stoßen manche Suffizienz-Instrumente auf großen Zuspruch, wie Umfragen zeigen: So befürworten 71 Prozent der Deutschen ein Tempolimit auf Autobahnen. Ein Beispiel aus den Niederlanden, wo seit 2020 tagsüber ein Tempolimit von 100 km/h gilt, zeigt: Die Zustimmung zu einer zunächst als unbequem

empfundene politische Maßnahme kann schnell steigen. Suffizienzpolitische Maßnahmen werden dabei eher akzeptiert, wenn sie für alle gelten, ein sozialer Ausgleich gegeben ist und niedrighschwellige Alternativen verfügbar sind. Der Schlüssel zur Akzeptanz: Suffizienzpolitik muss soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen und Rahmenbedingungen schaffen, die ein gutes Leben für alle ermöglichen.

Gute Suffizienzpolitik fördert soziale Gerechtigkeit

Um suffizientes Handeln zu ermöglichen, steht also in erster Linie die Politik in der

Pflicht – sie schafft die Rahmenbedingungen, durch die ein gutes und gleichzeitig ressourcenleichtes Leben im Alltag überhaupt erst machbar ist. In politischen Prozessen gibt es dafür unzählige Stellschrauben. Manche liegen auf der Hand: Ein besserer und schnellerer ÖPNV macht Menschen ohne eigenes Auto mobiler und ermöglicht anderen, mehr Wege mit Bus und Bahn zurückzulegen – oder gleich ganz aufs eigene Auto zu verzichten. Andere sind nicht so offensichtlich: Elektrische Haushaltshelfer wie Wäschetrockner sparen zwar gegenüber dem Trocknen auf dem Wäscheständer Zeit im Alltag, führen aber andererseits zu höherem Ressourcenverbrauch. Suffizienzpolitik, die an individuelles Verhalten appelliert, muss sich der Auswirkungen bewusst sein und darf zum Beispiel nicht diejenigen einseitig belasten, die Hausarbeit und andere unbezahlte Arbeit leisten.

Die staatlichen und wirtschaftlichen Institutionen sind in der Pflicht

Deshalb darf die Verantwortung für suffizientes Verhalten nicht auf Privatpersonen und die Haushaltsebene abgewälzt werden. In diesem

Sinne schlugen Sandra Buchmüller und Meike Spitzner 2016 die Erweiterung der vier „E“ um ein fünftes für Emanzipation vor: Emanzipative Suffizienz meint, dass politisch gestaltete Rahmenbedingungen von Zwängen der Beschleunigung und des Wachstums befreien. Suffizienz stärkt damit die Freiheit für unterschiedliche Lebensentwürfe – etwa nicht auf ein eigenes Auto angewiesen zu sein oder in Teilzeit zu arbeiten, ohne dass daraus ein Mangel entsteht. Sie richtet den Blick auf das individuelle Ermöglichen, sorgt mit Blick auf das Übergeordnete aber auch dafür, dass genügend Ressourcen für alle zur Verfügung stehen.

Eine 2023 veröffentlichte Studie des Umweltbundesamts belegt: Vielen Deutschen ist zwar bewusst, dass beim Klimaschutz dringender Handlungsbedarf besteht – die Bereitschaft, das eigene Verhalten zu ändern, nimmt jedoch ab. Der Staat muss den Menschen also genügend Ressourcen, Raum und Zeit geben für nachhaltige Entscheidungen. Denn solange nicht-suffiziente Handlungen zeitsparender, einfacher und billiger zugleich sind, werden sie aus dem Alltag von Millionen nicht verschwinden. ◆

Datenbank europäische Suffizienzpolitik

Die Datenbank für europäische Suffizienzpolitik enthält rund 300 Politikinstrumente für die Bereiche Landwirtschaft, Ernährung, Verkehr, Transport, Gebäude, Industrie, Produktion sowie sektorübergreifende Instrumente.

→ [zur Suffizienz-Datenbank
energysufficiency.de/policy-database/](https://energysufficiency.de/policy-database/)



Fragen zur Datenbank?
Melden Sie sich gerne!

Mail: benjamin.best@wupperinst.org
Tel.: 0202-2492-308

Konsum – mehr als Kaufen und Verbrauchen

Suffizienter Konsum reduziert Umweltbelastungen des Wirtschaftssystems und trägt zur Steigerung der Lebensqualität bei. Daher sollten Produktion und Konsum als ein System verstanden und Suffizienz wissensbasiert gefördert werden.

*Autor*innen: Paul Suski, Katharina Gröne,
Sebastian Schuster, Dr. Manuel Bickel, Lena Hennes,
Julia Schlarmann, Dr. Justus von Geibler*



5-Punkte-Plan für nachhaltige Konsumsysteme

- 1. Systemische Datengrundlagen zu Konsum für evidenzbasierte Politik schaffen**

Differenzierte Datengrundlagen zu Konsummustern und Einflussfaktoren, die durch Verbraucher*innen-Panels und Lebenszyklusdaten geschaffen werden können, ermöglichen die Evidenz für eine bedarfsgerechte und sozial ausgleichende Gestaltung politischer Maßnahmen.
- 2. Programme und Rahmenbedingungen für Produkt-Service-Systeme einer Sharing Economy schaffen**

Produkt-Service-Systeme des Mietens, Teilens und Tauschens für ressourcenleichte Produktions-Konsummuster sollten zum zentralen Baustein von Förderprogrammen werden. Sie benötigen geeignete gesetzliche Rahmenbedingungen und Infrastrukturen zur Professionalisierung und Verstärkung.
- 3. Steuerrechtliche Umgestaltung, um Hürden für suffizienten Konsum abzubauen**

Die Mehrwertsteuer sollte bei tierischen Lebensmitteln auf 19 Prozent angepasst werden, bei pflanzlichen Alternativen für Grundnahrungsmittel auf null Prozent. Auch Reparaturen sollten steuerlich begünstigt werden, klimaschädliche Subventionen hingegen abgeschafft.
- 4. Suffizientes Leben durch partizipative Quartiersentwicklung fördern**

Gemeinschaftliches Handeln kann suffizientes Leben fördern. Experimentierräume zur partizipativen Quartiersentwicklung mit lokalen Produktions- und Konsummustern können hierfür wichtige Erkenntnisse liefern. Dazu sollten Reallabore gefördert, durch gesetzliche Experimentierklauseln unterstützt und von Anfang an wissenschaftlich begleitet werden.
- 5. Neue Ernährungswelten und -räume als Einstiegsfenster nutzen**

Die steigende Nachfrage nach pflanzlichen Alternativprodukten zeigt Bewegung im System – und eröffnet die Chance, Ernährung als attraktiven Einstieg für suffiziente Lebensstile im Rahmen neuer Ernährungswelten und -räume zu erproben. Hierfür sind flankierende politische Programme notwendig.

Nachhaltiger Konsum wird oft auf die Entscheidung für einzelne, besonders umweltfreundlich und sozialverträglich hergestellte Produkte oder Dienstleistungen reduziert. Doch ein erweitertes Konsumverständnis berücksichtigt auch die Auswirkungen von Handlungen, die nicht individuell, sondern gesellschaftlich bestimmt sind: Beispielsweise bestimmen Politik oder das kommerzielle Angebot die Art des verfügbaren ÖPNV oder die Treibhausgasemissionen des örtlichen Schwimmbads, einzelne Konsument*innen haben hierauf kaum Einfluss. Wichtig ist, dass die Summe der Handlungen und Entscheidungen die Lebensqualität und die Einhaltung der planetaren Grenzen nicht gefährden.

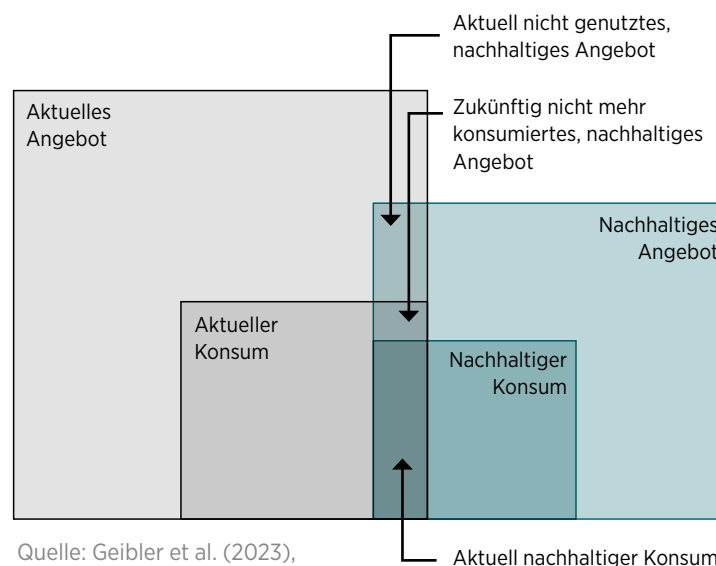
In den Blick kommen daher Aktivitäten, die mit geringem Einsatz von materiellen Gütern – beispielsweise über den Ansatz „Nutzen statt Besitzen“ – immaterielle Aspekte des guten Lebens adressieren: Etwa Gemeinschaft, Selbstverwirklichung oder persönliche Entwicklung und Erfahrungen. Gleichzeitig entstehen so auch wirtschaftliche Chancen für neue Angebo-

te zur Förderung von suffizienten Lebensstilen, etwa für Sharing-Dienstleistungen oder regional kooperative Geschäftsmodelle.

Datengrundlagen zu Konsum schaffen – für gezielte, evidenzbasierte Politik

Für rationale und differenzierte Politik sind Informationen zur Konsumdynamik unabdingbar. Die Einführung differenzierter Verbraucher*innen-Panels kann eine verlässliche Datenbasis schaffen für bedarfsgerechte und

sozial ausgleichende politische Maßnahmen. Dadurch können sich politische Gestalter*innen befähigen, soziale Einflüsse wie finanziellen Hintergrund, Alter, Bildung, Gender oder Zeitverwendung besser zu berücksichtigen. So stehen etwa Menschen, die Care-Arbeit wie Pflege oder Betreuung leisten – überwiegend Frauen – vor hohen Hürden für entschleunigte, suffiziente Tätigkeiten. Gekoppelt mit Informationen über Konsum sollten der Politik und den Verbraucher*innen auch bessere Informationen



Quelle: Geibler et al. (2023), basierend auf Leil et al. (2021)

Nachhaltiger Konsum als Zielbild und Aufgabe: In der politischen Gestaltung sind Produktion und Konsum als integriertes System zu begreifen und zu organisieren, statt wie bisher in getrennten Programmen und ministeriellen Ressorts. Denn: Ohne Systemsicht ist keine effiziente Transformation in ein nachhaltiges Wirtschaftssystem möglich. Um diese Transformation zu ermöglichen, sollten zunächst kommerzielle und nichtkommerzielle Angebote von Produkten und Dienstleistungen nachhaltig gestaltet werden. Dann sollten sich die Konsummuster an diesen Angeboten orientieren. Eine wichtige Rolle spielt dabei – insbesondere in einkommensstarken Ländern wie Deutschland – die Reduktion der derzeit hohen Angebots- und Konsumniveaus.



Die Sharing Economy braucht passende Orte: Flächen für Sharing- und Pooling-Angebote etwa müssen für Pendler*innen gut erreichbar sein.

zu den lebenszyklusweiten Umweltwirkungen von Produkten und Dienstleistungen bereitgestellt werden, wie es zum Beispiel mit dem Digitalen Produktpass angestrebt wird. Denn sinnvolle Entscheidungen sind nur mit diesen Informationen möglich – in der Politik wie im Alltag.

Programme und Rahmenbedingungen für eine Sharing Economy schaffen

Innovative Ansätze des Mietens, Teilens oder Tauschens ermöglichen Produkt-Service-Systeme, die ein hohes Maß an Bedürfnisbefriedi-

gung bieten, aber nur geringe Ressourcenverbräuche verursachen. Sie folgen dem Prinzip Nutzen statt Besitzen. Als infrastrukturelle und logistische Voraussetzungen für den Erfolg solcher Ansätze müssen Sharing-Plattformen gestärkt und passende Orte geschaffen werden – etwa Flächen für Carsharing oder -pooling, die für Pendler*innen gut erreichbar sind.

Damit ökologisch sinnvolle und ökonomisch tragfähige Ansätze nicht in der Nische verbleiben, sind Förderungen oder steuerliche Vergünstigungen nötig – denn meist ist der Aufwand

zum Etablieren von Plattformen sehr hoch, sie rentieren sich erst mittel- bis langfristig. Daher bedarf es strukturierter Förderung von Sharing-Gelegenheiten, insbesondere zur Professionalisierung und Skalierung der häufig nur regionalen Geschäftsmodelle und Angebote. Auf lokaler Ebene sollten Sharing-Zentren in Quartieren oder Quartiersbörsen gefördert werden, beispielsweise zum Teilen von Werkzeugen oder für intermodale Mobilität, die mit kommerziellen Mietangeboten gekoppelt werden kann.

Suffizienten Konsum steuerlich begünstigen

Suffizienter Konsum muss finanziell konkurrenzfähig sein, damit er sich im Alltag etablieren kann. Teilweise trifft das schon zu – Fahrräder etwa sind in Anschaffung und Betrieb günstiger als Autos. Doch bei Ernährung und Reisen ist oft das Gegenteil der Fall. Ein Grund sind Steuersätze und Subventionen: In Deutschland wird nicht nur die Nutztierhaltung stark subventioniert, auch der Kauf tierischer Produkte wird steuerlich begünstigt. Als Grundnahrungsmittel gilt zum Beispiel für Milch die ermäßigte Mehr-

wertsteuer von sieben Prozent, für deutlich umweltfreundlichere, pflanzliche Alternativen hingegen die vollen 19 Prozent. Hier ist eine Überarbeitung dringend geboten. Grundnahrungsmittel müssen dabei unbedingt weiterhin bezahlbar bleiben. Sogar ein Nullsatz wäre EU-konform, etwa für Gemüse, Obst, Getreideerzeugnisse oder Trinkwasser. Auch gilt für Reparaturen der gleiche Mehrwertsteuersatz wie für Neuware. Unter anderem deshalb lohnen sich Reparaturen finanziell häufig nicht, obwohl sie ökologisch oft sinnvoll sind.

Ähnliches gilt für den motorisierten Individualverkehr: Hier wird nicht nur die Infrastruktur mit Milliarden subventioniert, sondern auch der Kauf von Neuwagen – Stichwort Dienstwagenprivileg. Bei Flügen verzerrt die fehlende Kerosinsteuer den Wettbewerb mit der Bahn massiv. Langfristig ist hier internationaler politischer Einsatz nötig. Kurzfristig können nationale Maßnahmen greifen, etwa eine Ausweitung der Luftverkehrs- oder eine höhere Ticketsteuer.

Partizipative Quartiersentwicklung für suffizienten Konsum

Wo gutes Leben und nachhaltige Handlungen unverkrampft zusammenkommen, etabliert sich suffizienter Konsum oft besonders erfolgreich. Ein gutes Beispiel ist die partizipative Quartiersentwicklung: Ihr Ziel ist das Etablieren unkommerzieller, gemeinschaftlicher Aktivitäten und Orte, etwa in Gemeinschaftsgärten, Repair-Cafés oder Quartierswerkstätten. Diese sind in sich suffizient und lehren gleichzeitig, zeitintensive, ressourcenleichte und erfüllende Handlungen als sinnvolle Alternativen zu schnellen, ressourcenintensiven Aktivitäten zu betrachten.

Gemeinschaftsgärten etwa konfrontieren Menschen mit Unverfügbarkeit – denn hier wächst alles saisonal und abhängig vom regionalen Klima. Die Unverfügbarkeit frischer Paprika im Januar wird dabei aber nicht als störend, sondern als reizvoll und lehrreich empfunden: Die Vorfreude steigt, die Ernte hat einen höheren persönlichen Wert. Studien zeigen, dass gemeinsames Gärtnern nicht nur bewusstere und nachhaltigere Lebensmitteleinkäufe anstößt, sondern auch Alltagsmobilität und Urlaubsrei-



Studien belegen: Gemeinsames Gärtnern stößt bewusstere und nachhaltigere Lebensmitteleinkäufe an – und beeinflusst auch Alltagsmobilität und Urlaubsreisen ökologisch positiv.

sen ökologisch positiv beeinflusst. Der ökologische Effekt von Quartiersentwicklung mit dem Paradigma Teilen und Teilhabe ist enorm: Fallstudien belegen, dass der Carbon Footprint pro Person und Jahr im Schnitt um 1,5 Tonnen CO₂-Äquivalent sinkt – das sind ganze 14 Prozent der durchschnittlichen Pro-Kopf-Treibhausgasemissionen in Deutschland.

Orte suffizienten Konsums sollten durch partizipative Quartiersentwicklung gefördert werden und benötigen:

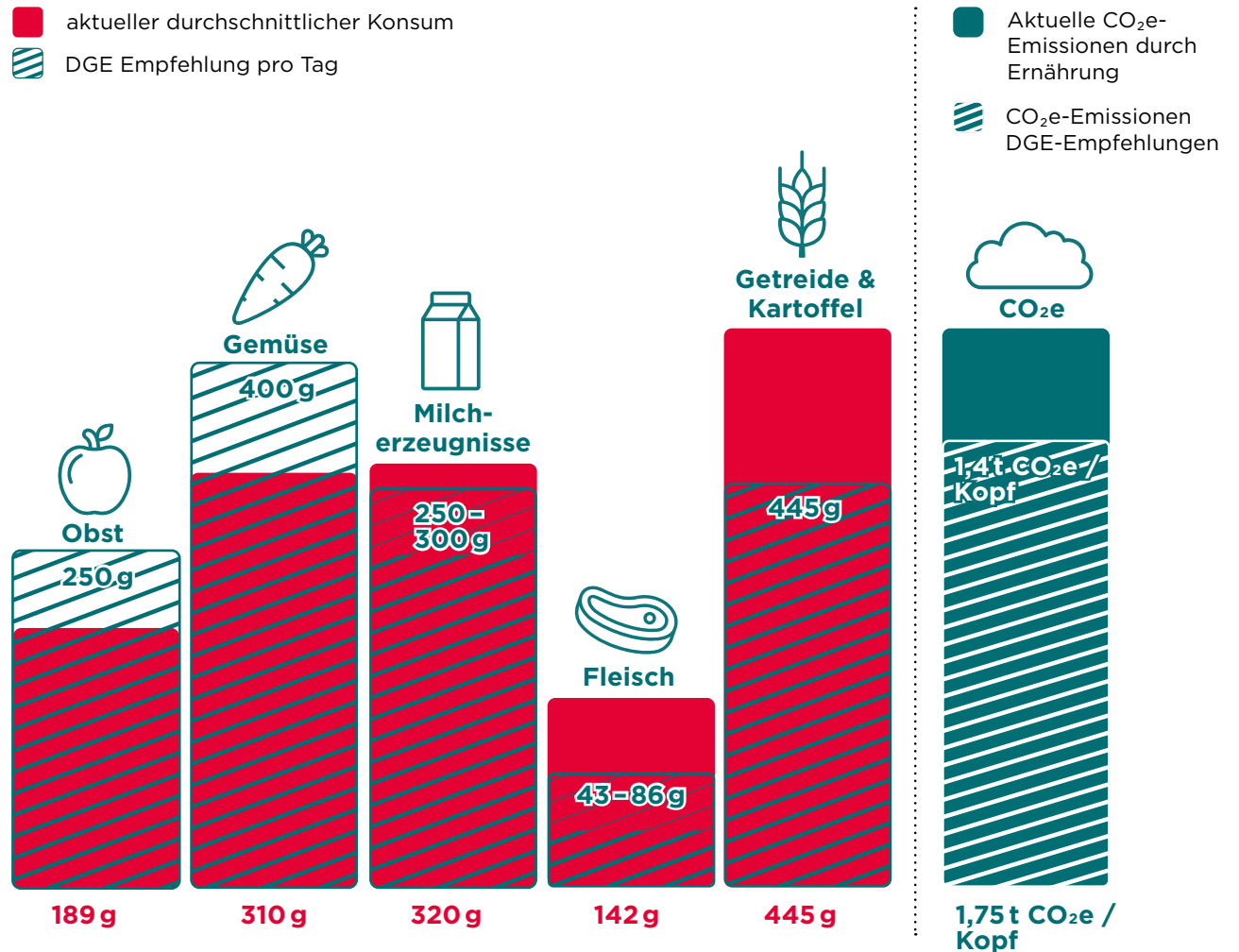
- geschulte Kommunalverwaltungen
- angepasste Förderprogramme auf Landes- und Bundesebene – zum Beispiel in der Städtebauförderung – über die auch Stadtmacher*innen Anträge stellen können
- Austauschplattformen für bürgerschaftliche Initiativen
- Organisationsformen, die eine sichere Grundlage zum Experimentieren bieten

Ernährung als Einstiegsfenster nutzen

Bei der Ernährung ist suffizientes Handeln besonders schnell und niedrigschwellig möglich – etwa durch das Bevorzugen pflanzlicher Produkte, saisonalen Einkauf oder effiziente Nutzung von Lebensmitteln. Hierfür sind weder größere Investitionen nötig, noch aufwendige Infrastruktur. Eine Ernährungs-Umgebung, die dieses Verhalten anstößt und unterstützt, sollte gezielt gefördert werden: Zum Beispiel durch die Einführung der Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung in allen öffentlichen Einrichtungen, das Verankern von Ernährungsbildung in den Lehrplänen ab der Grundschule oder durch verpflichtende Labels zur Umweltauswirkung von Lebensmitteln. ♦

Rund ein Fünftel weniger Emissionen durch Lebensmittel

Die konsequente Umsetzung der Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung würde laut einer konservativen Abschätzung rund 20 Prozent CO₂-Äquivalente einsparen. Weitere Vorteile sind ein geringerer Flächenverbrauch in der Landwirtschaft, weniger Verlust von Biodiversität, ein niedrigerer Wasserverbrauch – und für viele Menschen eine gesündere Ernährung.



Quellen: DGE; BMUV; BMEL; Ruett, J., Hennes, L., Teubler, J., & Braun, B. (2022); Meier, T., & Christen, O. (2013); Springmann et al. (2023).

Gebäude: Bestand besser nutzen – Flächenwende ermöglichen

Die steigende Wohnfläche pro Person ist ein blinder Fleck in der Debatte zum Erreichen der Klimaziele im Gebäudebereich. Bedarfsgerechte Angebote, Wohnraummanagement und angepasste Förderprogramme können bestehende Potenziale ausschöpfen und den Druck auf Immobilienmärkte mindern.

Autorinnen: Anja Bierwirth, Fiona Bunge

5-Punkte-Plan für Stadtentwicklung, Gebäude und Wohnflächenoptimierung

1. Einführung eines Flächenmoratoriums

Eine Neuinanspruchnahme von Flächen als Bauland sollte nur in wachsenden Regionen und Städten stattfinden.

2. Integration von Suffizienz in bestehende rechtliche und planerische Rahmenwerke

Gesetzgebung – zum Beispiel Bundesbaugesetz und Gebäude-Energie-Gesetz – und Richtlinien wie DIN-Normen zum Planen und Bauen bieten eine Reihe von Ansatzpunkten, um Suffizienz zu integrieren und zu befördern.

3. Potenziale finden: den „unsichtbaren Wohnraum“ sichtbar machen

Die flächendeckende Analyse, wo Potenziale für eine optimierte, geänderte oder angepasste Nutzung von Gebäuden liegen, stellt die Grundlage für ein gezieltes Angebot zur Förderung von Suffizienz dar.

4. Integration von Suffizienz in bestehende Förderprogramme

Auch in Förderprogramme, wie die der KfW-Bank oder Stadtentwicklungsprogramme, sollte Suffizienz konsequent integriert werden.

5. Förderprogramm kommunale Wohnraumagenturen

Um von einer rein quantitativen Wohnraumversorgung zu einem Wohnraummanagement zu kommen, brauchen Kommunen Unterstützung beim Aufbau kommunaler Wohnraumagenturen.

Die durchschnittliche Wohnfläche in Deutschland steigt seit Jahrzehnten – für die Klimaziele im Gebäudesektor und den Flächenschutz ist das eine starke Hypothek.

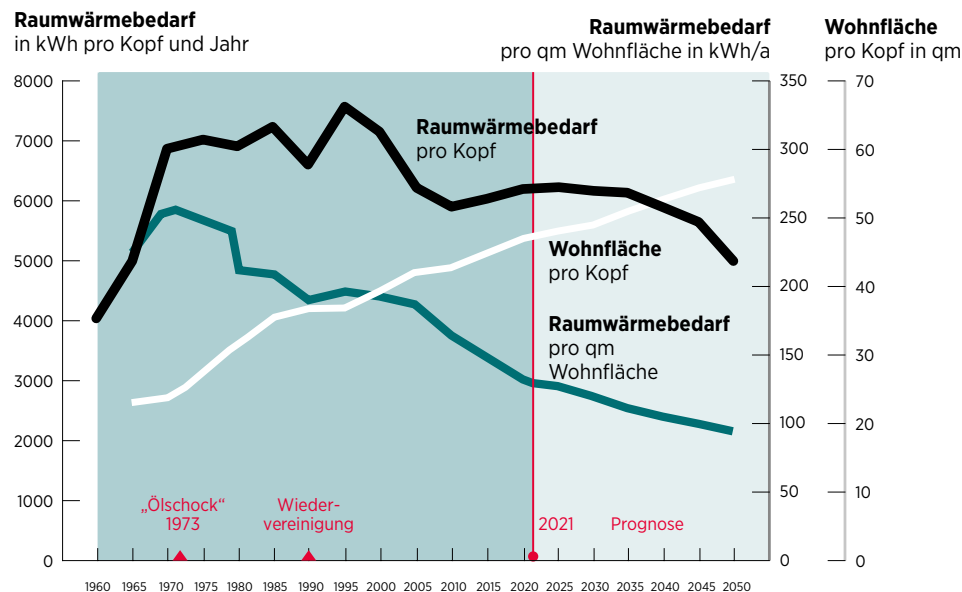
Eine optimierte Nutzung von Gebäuden und eine reduzierte Pro-Kopf-Wohnfläche bergen – durch den damit einhergehenden Rückgang des Neubaubedarfs – großes Potenzial für den Klimaschutz. Denn weniger Neubauten bedeutet: weniger Bedarf an Baustoffen, weniger Flächenversiegelung, weniger Energie für Beleuchtung und Heizung.

Einführung eines Flächenmoratoriums

Weniger zu bauen kollidiert jedoch mit dem viel diskutierten Mangel an bezahlbarem Wohnraum – zumindest scheinbar. Denn ein genauer Blick in die Kommunen zeigt: Wohnraummangel ist kein deutschlandweites Problem. Vielmehr sind Wohnraummangel und Wohnraumüberfluss regional sehr unterschiedlich ausgeprägt. Auch lokal sind die Unterschiede groß. Manche Menschen leben auf viel Fläche und können sich gut vorstel-

len, kleiner zu wohnen, andere leben in beengten Verhältnissen. Statt also nur auf die Quantität von Wohnraum zu schauen, sollte die Wohnqualität deutlich stärker in den Blick rücken – und damit die optimierte Nutzung von Wohnraum. Suffizienzpolitik kann beides leisten: Unterstützung für die, die zu wenig haben, genauso wie für jene, die weniger möchten. Ein Flächenmoratorium auf Bundesebene könnte dafür den Rahmen vorgeben und wichtige Impulse

setzen. Dabei geht es nicht um einen vollständigen Verzicht auf Neubauten, sondern um eine kluge Steuerung: Neuausweisung von Bauland nur dort, wo aufgrund von Zuzug ein steigender Bedarf absehbar ist. Verankert werden kann ein solches Moratorium in § 30 des Baugesetzbuchs, kurz BauGB – genau wie im Bericht zur Unterstützung von Suffizienzansätzen im Gebäudereich des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung vorgeschlagen.



Der Energieverbrauch pro Quadratmeter hat sich seit den Siebzigerjahren fast halbiert, der Pro-Kopfverbrauch ist aber nur um rund zehn Prozent gesunken. Der Grund dafür: Die durchschnittliche Wohnfläche pro Person ist im gleichen Zeitraum massiv angestiegen. Quelle: Wuppertal Institut

Kommunen die Flächenwende ermöglichen

Viele Kommunen leiden eher unter Schrumpfung als unter Wohnraummangel. Einige haben Richtlinien erlassen, um die Neuausweisung von Bauland am Stadtrand und die Verödung der Ortskerne zu bremsen. Doch solche und ähnliche Maßnahmen sind rar gesät. Wo es sie gibt, haben Kommunen sie eigeninitiativ eingeführt. Um das vorhandene Potenzial flächendeckend auszuschöpfen und bestehende Suffizienzmaßnahmen zu skalieren, sollten sie auf Bundes- oder Landesebene rechtlich verankert werden. Konkret lässt sich das durch Anpassungen im Bauplanungsrecht und Bauordnungsrecht erreichen, zum Beispiel im BauGB. Denn ein politischer Rahmen mit klaren Handlungsmöglichkeiten und Grenzen ermöglicht den Kommunen eine sinnvolle Entwicklung ihres Gebäudebestands. So sollte – ebenfalls im BauGB – eine vorrangige Bestandsentwicklung ergänzt werden, beispielsweise in § 1 Abs. 5.

Auch das Gebäude-Energie-Gesetz und DIN-Normen mit technischen Richtlinien für Gebäude bergen Suffizienz-Potenzial: Aktuell



Neuausweisung von Bauflächen ist nur in wachsenden Regionen sinnvoll, wo ein steigender Bedarf absehbar ist – schrumpfende Kommunen sollten auf Umnutzung und Nachverdichtung setzen.

sind die Unterschiede zwischen Wohngebäuden und Nicht-Wohngebäuden teils recht hoch, etwa beim Brand- und Schallschutz, der technischen Ausstattung und den Effizienzanforderungen. Eine Harmonisierung der

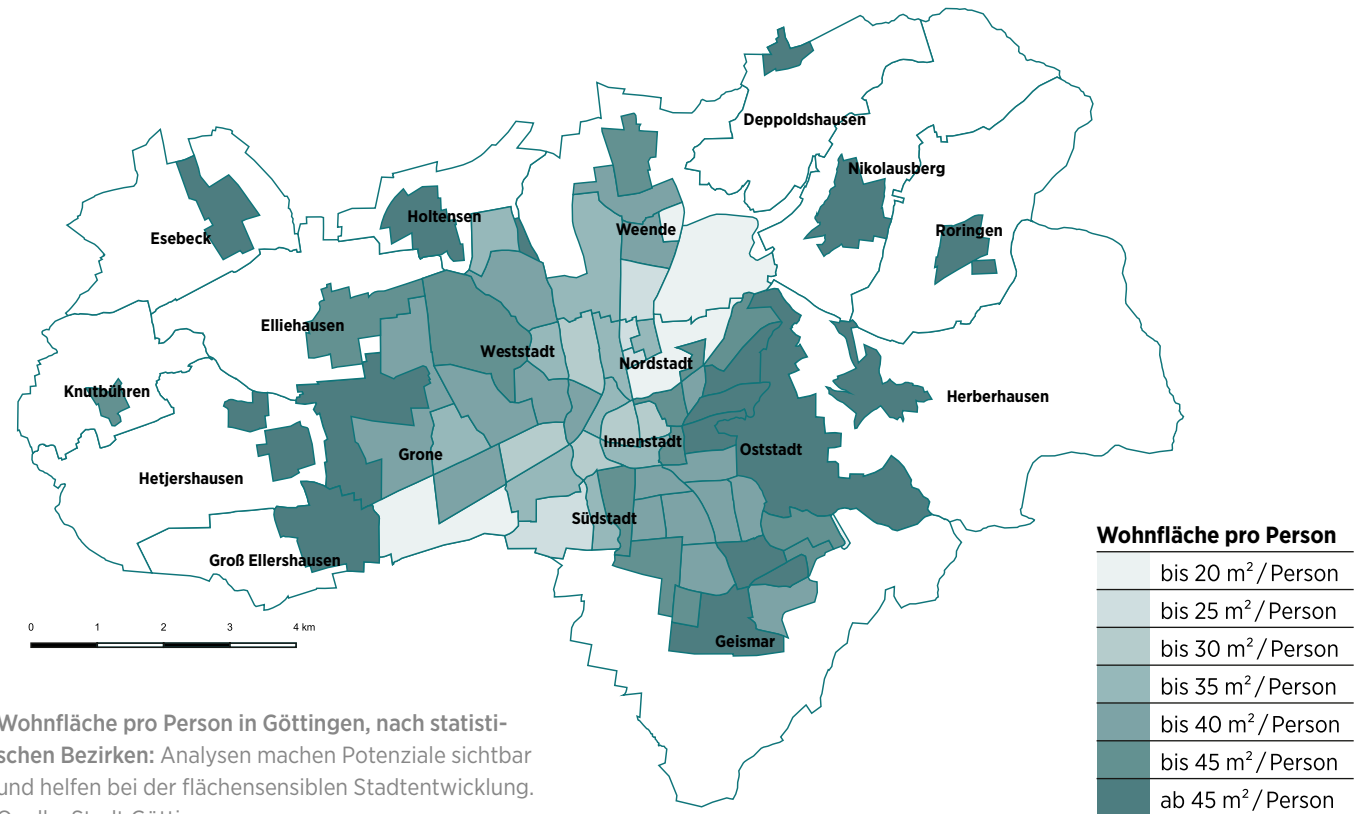
Anforderungen kann Umnutzungen und Umbauten erleichtern. Weitere Verbesserungsmöglichkeiten bestehen bei der Festsetzung in der Bauleitplanung: Die derzeit üblichen Planänderungsverfahren sind langwierige

Prozesse. Flexiblere und agilere Planverfahren können eine optimierte Gebäudenutzung unterstützen und beschleunigen.

Flächenpotenziale identifizieren

Gebautes lässt sich auf viele Arten besser nutzen: Wohneinheiten, die zu groß geworden sind – etwa durch den Auszug der Kinder – können in zwei Einheiten aufgeteilt werden. Menschen können ihre zu kleine gegen eine zu groß gewordene Wohnung tauschen. Entsprechende Angebote gibt es bereits: etwa bei Wohnungsunternehmen, auf Online-Portalen für Wohnungstausch oder im Rahmen von kommunalen Wohnungstausch-Programmen. Auch können sich Menschen Räume und Flächen teilen, die sonst allein genutzt würden, zum Beispiel gemeinsame Keller, Arbeits- oder Gästezimmer. Leerstände, auch von Nicht-Wohngebäuden, lassen sich umnutzen.

Um herauszufinden, wo diese Potenziale zu finden sind, helfen GIS-Analysen, wie sie beispielsweise die Stadt Göttingen durchgeführt hat. Für eine flächensensible Stadtentwicklung haben manche Städte zwar



Wohnfläche pro Person in Göttingen, nach statistischen Bezirken: Analysen machen Potenziale sichtbar und helfen bei der flächensensiblen Stadtentwicklung. Quelle: Stadt Göttingen

ein Brachflächenkataster erstellt – aber Leerstände sind deutlich schwieriger zu identifizieren als Brachflächen. Luftbilder helfen hier nicht weiter. Noch schwieriger wird es bei unterbelegten Wohneinheiten, wo der Datenschutz gemeldeter Personen berücksichtigt werden muss. Trotzdem helfen diese Analysen, bestehende und künftige Potenziale besser zu lokalisieren. Sie können eine Grundlage

sein, um mit gezielten Beratungen und Angeboten auf die Menschen in den Quartieren zuzugehen.

Förderprogramme um Suffizienzansätze ergänzen

Auch Förderprogramme sollten um Suffizienzansätze ergänzt werden. Dazu gehören zum Beispiel Angebote der KfW-Bank für energie-

effiziente Sanierung und Neubau, für energetische Stadtsanierung oder Programme zur Städtebauförderung. Bisher spielt Suffizienz in der Förderlandschaft kaum eine Rolle: Der Neubau energieeffizienter Einfamilienhäuser wird ebenso gefördert wie der Kauf bestehender Immobilien, in wachsenden Regionen genauso wie in schrumpfenden. Sinnvoller wäre ein regionalisierter Ansatz: Keine Förderung von Gebäuden auf neu ausgewiesenen Flächen in schrumpfenden Regionen, stattdessen sollten die Mittel dort in die gezielte Bestandsentwicklung fließen. Und wo im Rahmen von Stadtentwicklungsprogrammen Klimamanager*innen eingestellt oder Quartiersbüros eröffnet werden, kann die optimierte Nutzung von Wohnfläche integrierender Bestandteil der Stadtentwicklung werden.

Kommunale Wohnraumagenturen: die Flächenoptimierung vermitteln

Die Studie „Wie wohnt Deutschland?“ des Öko Instituts zeigt: Vor allem ältere Menschen wohnen auf viel Fläche und haben teils hohe Mietkosten. Für sie stellt die Wohnungsgröße oft eine Belastung dar. Doch



Vor allem ältere Menschen wohnen auf viel Fläche und haben teils hohe Mietkosten. Für sie stellt die Wohnungsgröße oft eine Belastung dar. Jüngere Menschen und Familien hingegen wohnen oft auf wenig Pro-Kopf-Fläche, insbesondere im städtischen Raum.



Beratungsangebote und Förderlandschaften bilden die Möglichkeit einer Verkleinerung bisher kaum ab. Jüngere Menschen und Familien hingegen wohnen oft auf wenig Pro-Kopf-Fläche, insbesondere im städtischen Raum. Umfragen zeigen klar: Viele Menschen wollen in größere oder kleinere Wohnungen wechseln – der Bedarf ist also da.

Kommunale Wohnraumagenturen bieten hier Lösungen: Sie unterstützen Bürger*innen dabei, den Wohnraum an ihren Flächenbedarf

anzupassen. Solche Wohnraumagenturen gibt es mittlerweile in mehreren Städten, zum Beispiel in Tübingen, Göttingen oder Osnabrück. Bremen wiederum hat sich darauf spezialisiert, Leerstand zu vermitteln und zur Zwischennutzung bereitzustellen.

Neben kommunalen Beratungsstellen können auch Wohnungsunternehmen entsprechende Angebote entwickeln. Dank ihrer großen Bestände und der teils zusammenhängenden Siedlungen können sie den Wechsel von

Wohnraum gezielt fördern: Etwa durch eine Mindestbelegungsquote, wie es sie in Zürich bereits gibt, oder die Möglichkeit, günstige Quadratmeter-Mietpreise aus langjährigen Mietverhältnissen beim Wechsel in kleinere Wohnungen mitzunehmen. Davon profitieren beide Seiten: Die Haushalte zahlen für die kleineren Wohnung deutlich weniger, die Unternehmen können die größeren Wohnungen neu vermieten. Ohne solche Angebote besteht auf dem freien Markt ein großes Hemmnis für die Verkleinerung der eigenen Wohnfläche: Da Neuvermietungen teils deutlich teurer sind als bestehende Verträge, sind die Mieten nach einem Umzug in kleinere Wohnungen manchmal höher als langjährige Mietverträge für große Wohneinheiten. Eine große und günstige Wohnung gegen eine kleine, teurere tauschen – logisch, dass daran kein großes Interesse besteht. ◆



Wohnungsunternehmen mit zusammenhängenden Siedlungen können Wohnungstausch gezielt fördern: Von der Möglichkeit, beim Wechsel in kleinere Wohnungen günstige Quadratmeterpreise mitzunehmen, profitieren beide Seiten.

Verkehr verringern, Wege verkürzen, Menschen mobil machen

Suffizienz beruht auf Verkehrsvermeidung. Sie hat zum Ziel, den Verkehrsaufwand zu reduzieren, ohne die Mobilität, also die Bewegungsfreiheit im Raum, einzuschränken. Stattdessen soll sie Mobilitätschancen für alle und in allen Lebenslagen ermöglichen.

Autorinnen: Carolin Schäfer-Sparenberg, Meike Spitzner,
Miriam Müller



© go.Rheinland/Smilla Dankert

5-Punkte-Plan für gerechte und suffiziente Mobilität

- 1. Verkehrsvermeidungs-Politiken einführen**

Verkehrsvermeidung systematisch politisch gestalten, indem insbesondere Erzeuger von Verkehrsaufwand, der Haushalte, Bürger*innen sowie Natur und Klima belastet, die Kosten des durch sie verursachten Verkehrs zahlen.

- 2. Systematische Verkehrsvermeidungs-Planung einführen**

Verkehrsvermeidung als strategisches Ziel in der Stadt- und Quartiersplanung stärker verankern und eine Reduzierung der Wegelängen fördern.

- 3. Einführung emanzipativer Suffizienzrechte**

Öffentliche Pflicht zur Herstellung nachhaltiger Alltags- und Handlungsbedingungen, insbesondere dazu, umfassend gebrauchsfähige Alternativen zum Auto sicher und für alle verfügbar zu machen.

- 4. Der Mobilität zur Versorgung anderer systematischen Vorrang einräumen**

Hausarbeitlicher und versorgungsökonomischer Mobilität die politische, planerische, ökonomische, investive und kapazitative Priorität einräumen.

- 5. Bundesverkehrseinspar-Programm**

Alle Gesetze müssen künftig systematisch daraufhin überprüft werden, dass sie nachweislich keinen zusätzlichen Verkehr erzeugen.

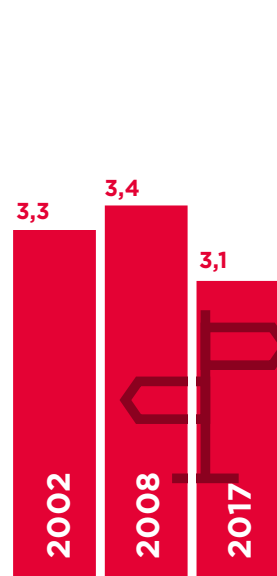
Zwischen 2002 und 2017 nahm die durchschnittliche Anzahl der Wege, die jeder Mensch pro Tag zurücklegt, tendenziell ab. Gleichzeitig stiegen die zurückgelegten Distanzen und der Zeitaufwand kontinuierlich.

Mehr Kilometer zurückzulegen bedeutet jedoch nicht mobiler zu sein – im Gegenteil: Wenn pro Weg längere Strecken zurückgelegt werden müssen, steigt der Verkehrsauf-

wand. Das schränkt die Bewegungsfreiheit der Menschen ein, kostet Zeit und führt zu weiteren Belastungen, beispielsweise beim Erledigen von Versorgungs- und Hausarbeit, die häufiger von Frauen übernommen wird. Dazu kommen negative Auswirkungen des Verkehrs auf Umwelt, Klima, Gesundheit und die Nutzbarkeit des öffentlichen Raums. Suffizienzmaßnahmen können hier gezielt ansetzen.

Suffizienz wurde bereits in den 1990er Jahren in der Verkehrsdebatte intensiv diskutiert. Die Bundestags-Klima-Enquete-Kommission spielte dabei eine große Rolle, insbesondere auch, indem sie die spezifischen Herausforderungen der versorgungsökonomischen Mobilität adressierte. Auch heute eignen sich die Vorschläge der Kommission noch, um entlastende Gewinne für Haushalte, Versorgende und Bürger*innen bei der Alltagsbewältigung zu erzielen.

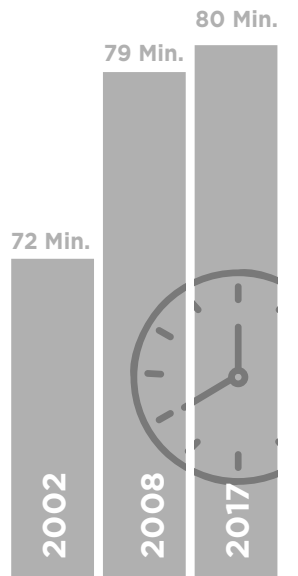
Anzahl der Wege pro Person und Tag



mittlere Tagesstrecke pro Person und Tag



mittlere Unterwegszeit pro Person und Tag



Entwicklung von Mobilitätskennziffern in Deutschland
Quelle: Zeitreihenbericht zur Studie „Mobilität in Deutschland“ im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

Die zentrale politische Aufgabe besteht darin, infrastrukturelle und ökonomische Strukturen für suffiziente und nachhaltige Lebensweisen zu schaffen. Wie in anderen Bereichen auch, wird die Verantwortung für suffizientes Handeln im Verkehrssektor häufig jedem und jeder Einzelnen – insbesondere den Versorgenden – und den Haushalten zugeschoben. Diese Entpolitisierung hat dazu geführt, dass Suffizienz häufig moralisierend konnotiert ist. Das lässt die Verantwortung der Politik außer Acht, die beispielsweise durch Infrastrukturausbau, Sozial- und Wirtschaftspolitik stark das

individuelle Handeln und Entscheiden im Alltag beeinträchtigt: Ohne bezahlbaren Wohnraum in den Städten verlängern sich die Alltagswege, ohne gebrauchsfähige Infrastruktur für den Umweltverbund kann kein Umstieg weg vom Auto gelingen. Suffizienzpolitik hingegen ist Ermöglichungspolitik – und zwar im Wortsinn: Sie schafft die Rahmenbedingungen, die nachhaltige Lebensweisen im Alltag überhaupt erst ermöglichen.

Verkehrsvermeidungs-Politiken einführen

Verkehrsvermeidung zu ermöglichen, muss systematisch und strukturell politisch gestaltet werden. Die Erzeuger von Verkehrsaufwand sollten auch dessen Kosten zahlen – also vor allem die Unternehmen. Denn sie verursachen durch Kund*innen-, Belieferungs-, Entsorgungs- und Beschäftigtenverkehr Kosten, die aktuell von den Haushalten, der Gesellschaft und der Natur getragen werden. Eine Verkehrserzeugungsabgabe nach dem Verursacherprinzip kann diese Kostenverschiebung wirksam begrenzen.

„Um hohe Bewegungsfreiheit bei möglichst geringem Verkehrsaufwand zu gewährleisten, müssen Städte und Regionen der kurzen Wege auf allen föderalen Ebenen gefördert werden. Und zwar nicht nur in der Verkehrs-, sondern auch in der Stadt- und Quartiersplanung.“

Frankreich macht es vor: Dort können Kommunen ab 20.000 Einwohner*innen den Einzelhandel und Unternehmen mit mehr als zehn Beschäftigten zur Finanzierung des ÖPNV einbeziehen. Für eine sozial, versorgungsökonomisch und ökologisch nachhaltige Verkehrspolitik braucht es allerdings mehr. Eine deutsche Verkehrserzeugungsabgabe muss hoch genug sein, um steuerungsrelevant zu wirken:

- Sie sollte bestehende Nahversorgungsangebote erhalten und langfristig dazu beitragen, dass sie überall verfügbar und qualitativ verbessert werden.

- Sie sollte verkehrserzeugende Arbeits-, Konsum- und Freizeit-Standorte wirksam begrenzen, etwa Büros oder Einkaufszentren fernab der Wohngegenden.

Systematische Verkehrsvermeidungs-Planung

Verkehrsvermeidungs-Politiken sollten durch Verkehrsvermeidungs-Planung ergänzt werden, um hohe Bewegungsfreiheit bei möglichst geringem Verkehrsaufwand zu gewährleisten. Dazu müssen Städte und Regionen der kurzen Wege auf allen föderalen Ebenen gefördert werden. Und zwar nicht nur in der Verkehrs-, sondern auch in



Ein hochwertiges Wohnumfeld mit gut erreichbaren Spielplätzen, Grün- und Erholungsflächen, Stadtwäldern sowie genügend Sitz- und Liegeplätzen im öffentlichen Raum können helfen, nicht notwendigen Freizeitverkehr zu vermeiden.

der Stadt- und Quartiersplanung: Nutzungsmischung und Nachverdichtung statt Suburbanisierung, eventuell ergänzt um Mietendeckelungspolitiken, können Alltagsaktivitäten wieder näher zueinander rücken. Das verkürzt die Wege, der Verkehrsaufwand sinkt. Was dafür nötig ist: zu Fuß oder per Rad erreichbare Supermärkte, Kitas und Schulen, wohnortnahe Dienstleistungen wie ärztliche Versorgung, Tagesaltenpflege, Quartierskantininen oder Büchereien mit Geräteverleih. Auch ein hochwertiges Wohnumfeld zählt dazu: Gut erreichbare Spielplätze, Grün- und Erholungsflächen, Stadtwälder sowie genügend Sitz- und Liegeplätze im öffentlichen Raum können helfen, nicht notwendigen Freizeitverkehr zu vermeiden.

Einführung emanzipativer Suffizienzrechte

Emanzipative Suffizienzrechte der Versorgenden, Bürger*innen und Haushalte zielen auf nachhaltige Alltags- und Handlungsbedingungen. Dazu gehört insbesondere die öffentliche Pflicht, systematisch gebrauchsfähige Alternativen zum Auto für alle verfüg-

bar zu machen. Dafür braucht es ein bürgerliches Klimarecht auf qualitativ und quantitativ hochwertige, nachhaltige Verkehrsinfrastrukturen und Mobilitätsangebote, die eine hohe Bewegungsfreiheit ohne Auto ermöglichen. Das heißt: Mobilitätsangebote, die barrierefrei, verkehrssicher, bezahlbar und für alle Lebenslagen gebrauchsfähig sind, müssen im Zweifel einlagbar sein.

Systematischer Vorrang für Mobilität zur Versorgung anderer

Aktuell genießen wirtschaftliche Interessen und Erwerbsarbeit Vorrang in Verkehrspolitik und -planung. Die versorgungsökonomische Mobilität hingegen wird in ihrer gesellschaftlichen, ökonomischen und verkehrlichen Bedeutung massiv unterschätzt und vernachlässigt: In Mobilitätsstatistiken taucht Versorgungsarbeit gar nicht explizit auf, sondern wird anderen Kategorien zugeordnet. Dabei ist der Anteil der Versorgungswege fast so groß wie der der Erwerbswege. Auch die ökonomische Bedeutung der unbezahlten Versorgungsarbeit wird konsequent unterschätzt: Ihr monetärer Wert beträgt

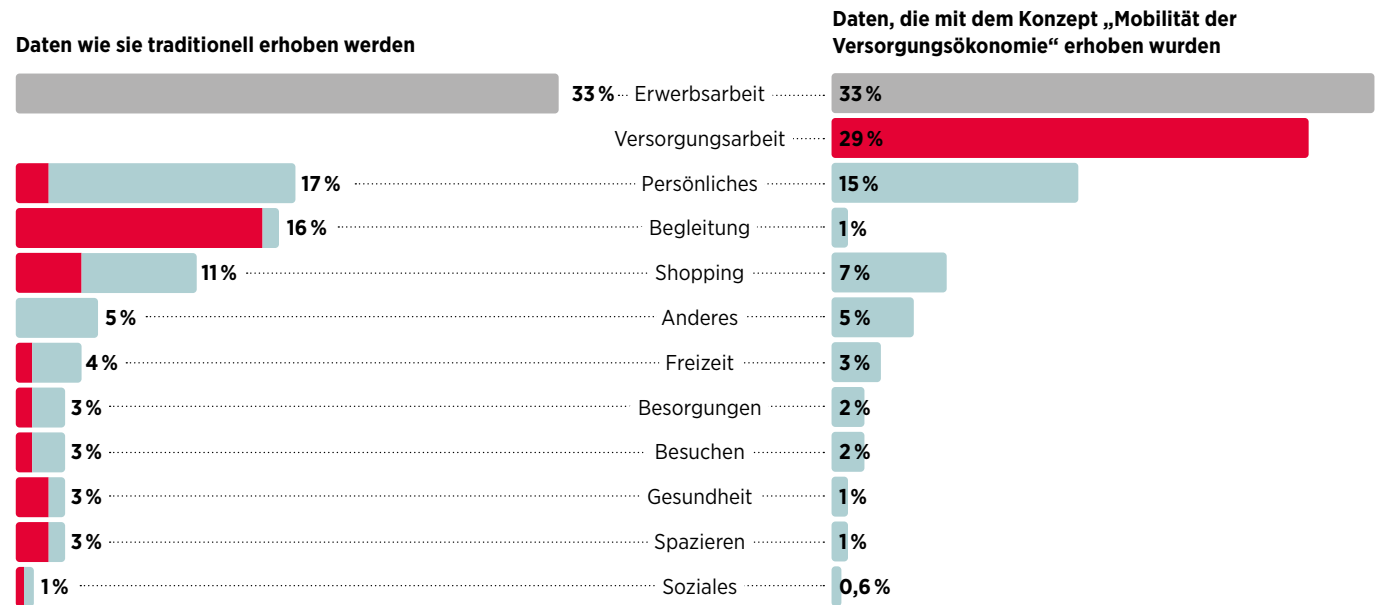
in Deutschland rund 825 Milliarden Euro pro Jahr – fast so viel wie die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden zusammen.

Um der versorgungsökonomischen Mobilität Priorität vor Erwerbsarbeit und wirtschaftlichen Interessen einzuräumen, sollte eine

verbindliche Erreichbarkeitsplanung für Städte und Regionen eingeführt werden. Das heißt: Ziele zur Alltagsbewältigung müssen räumlich, zeitlich und sozial erreichbar sein. Dafür muss Nahmobilität so gestaltet werden, dass Ziele der versorgenden Alltagsarbeit mit minimalem Verkehrsaufwand erreichbar sind,

Überwindung genderbedingt verzerrter Datengrundlagen (Wegezweck-Kategorien als Beispiel)

Gegenüberstellung: „Normale“ androzentrische Datenerhebung (links) versus objektive Datenerhebung, die die gesellschaftliche Basis-Ökonomie erkennbar lässt und nicht ausblendet (rechts).



Alle Wege nach Wegezwecken, 30-45 jährige Bevölkerung, Madrid 2014

■ Versorgungsökonomie-bezogene

Quelle: Grafische Darstellung nach Sánchez de Madariaga/Zucchini (2019), Konzept „Mobilität der Versorgungsökonomie“ nach Spitzner/Beik (1995)

„Alle Gesetze sollten systematisch daraufhin überprüft werden, dass sie nachweislich keinen zusätzlichen Verkehr erzeugen, sondern ihn reduzieren und den Motorisierungsdruck auf Privatpersonen und Haushalte senken.“

unabhängig vom eigenen Auto. Und zwar für alle – denn wenn auch Ältere, Kinder und Kranke sicher und bedrohungsfrei ans Ziel kommen, besteht kein Bedarf mehr für unbezahlten und arbeitsintensiven Begleitverkehr.

Bundesverkehrseinspar-Programm

Alle Gesetze sollten systematisch daraufhin überprüft werden, dass sie nachweislich keinen zusätzlichen Verkehr erzeugen, sondern ihn reduzieren und den Motorisierungsdruck auf Privatpersonen und Haushalte senken. Das Institut für Energie- und Umweltforschung hat eine solche Verkehrsauswirkungsprüfung bereits in den 1990er Jahren entwickelt. Auch ein Konzept für ein

Verkehrseinspar-Programm existiert seit 1990. Hierzu zählt der Abbau umweltschädlicher und verkehrserzeugender Subventionen, wie Pendlerpauschale, Diesel- oder Kerosinbesteuerung. Und das Dienstwagen-Privileg, mit dem der Staat den Kauf zusätzlicher Autos fördert – fast zwei Drittel aller Neuwagen werden so subventioniert. Davon profitieren in erster Linie wohlhabende Menschen, die meist keinerlei Versorgungsarbeit leisten – das Geld fließt also genau in die falsche Richtung. ◆

Kreislaufwirtschaft: Rohstoffe und Güter besser nutzen – vom Produktdesign bis zur Entsorgung

Die Etablierung einer Kreislaufwirtschaft bietet das Potenzial, Suffizienz aus der „Verzichts-schublade“ zu holen und suffiziente Wirtschafts- und Lebensweisen für viele erstrebenswert zu machen.

Autorinnen: Bettina Bahn-Walkowiak, Dr. Kathleen Jacobs



5-Punkte-Plan für suffizienz-basierte Kreislaufwirtschaft

- 1. Haltbarkeit und Reparierbarkeit von Produkten verbessern und kennzeichnen**

Verbraucherinformationen zur Kreislauffähigkeit von Produkten, insbesondere leicht verständliche und vertrauenswürdige Labels, sollten eingeführt werden, um Konsumententscheidungen im Sinne der Kreislaufwirtschaft zu fördern.

- 2. Infrastrukturen für eine lange Nutzung von Elektrogeräten, Textilien und Möbeln schaffen**

Reparatur, Wieder- und Weiterverwendung von Gebrauchsgütern sollten kulturell (wieder) etabliert und für alle gesellschaftlichen Akteur*innen attraktiver gemacht werden, zum Beispiel durch ein Recht auf Reparatur, Steuersenkungen für Reparaturdienstleistungen und institutionelle Förderungen für den Gebrauchsgüterhandel und -tausch.

- 3. Städte und Gemeinden beim Etablieren einer Kreislaufwirtschaft unterstützen**

Die Kommunalebene sollte bei der Entwicklung und Umsetzung von Kreislaufwirtschaftsmaßnahmen, inklusive einer modernen Abfallpolitik mit den Zielen der Wieder- und Weiterverwendung und der hochwertigen Verwertung, unterstützt werden.

- 4. Lebensmittelverschwendung beenden und Biomasse konsequent nutzen**

Politische Maßnahmen wie eine gesetzlich verankerte Pflicht zur Reduktion von Lebensmittelabfällen, die Schaffung von Rechtssicherheit bei Lebensmittelspenden, etwa durch Supermärkte, und die verpflichtende Einführung von Biotonnen sollten eingeführt werden.

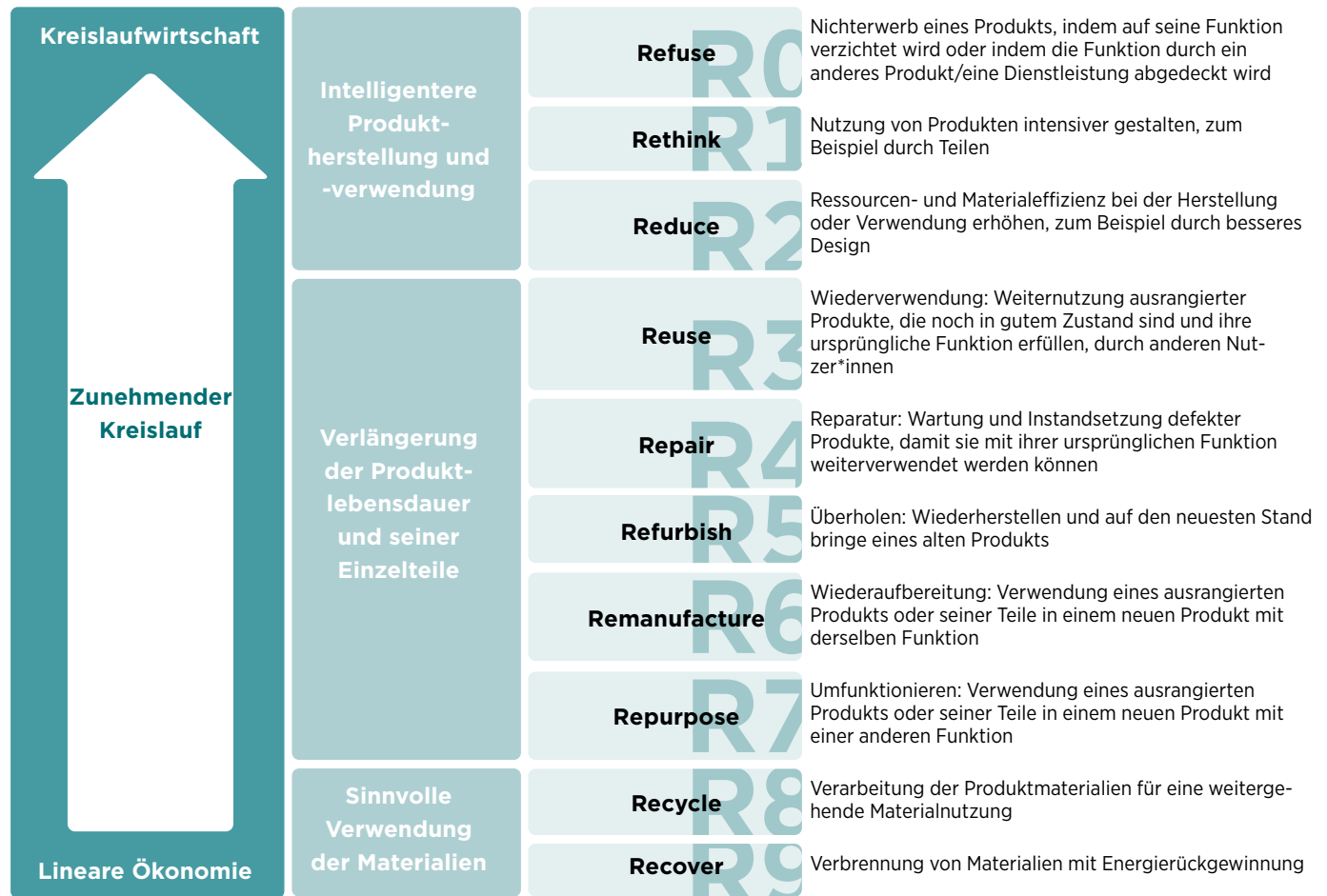
- 5. Kreislaufwirtschaft auf die Agenden der Kindergärten, Schulen und Universitäten setzen**

Entlang des gesamten Bildungssystems sollten Bildungsprogramme entwickelt und umgesetzt werden, die den Menschen von klein auf – neben konkreten Inhalten zur Kreislaufwirtschaft – Fähigkeiten vermitteln, ihr eigenes Umfeld im Sinne einer Kreislaufwirtschaft zu gestalten.

Anders als das vorherrschende, lineare Wirtschaftsmodell, das dem Denkmuster „Produzieren-Nutzen-Wegwerfen“ folgt, ist Kreislaufwirtschaft ein Wirtschaftssystem, in dem sowohl Materialien als auch Produkte so lange wie möglich genutzt und so gut wie möglich im Kreis geführt werden: Durch Wiederverwendung, Reparatur, Aufbereitung und Weiterverwendung lässt sich die Lebensdauer von Rohstoffen und Produkten deutlich verlängern – entsprechend sinkt der Bedarf an Primärmaterialien. Der damit verbundene Energieverbrauch entfällt, was dem Klimaschutz nützt.

Kreislaufwirtschaft braucht sozio-ökonomische Innovationen

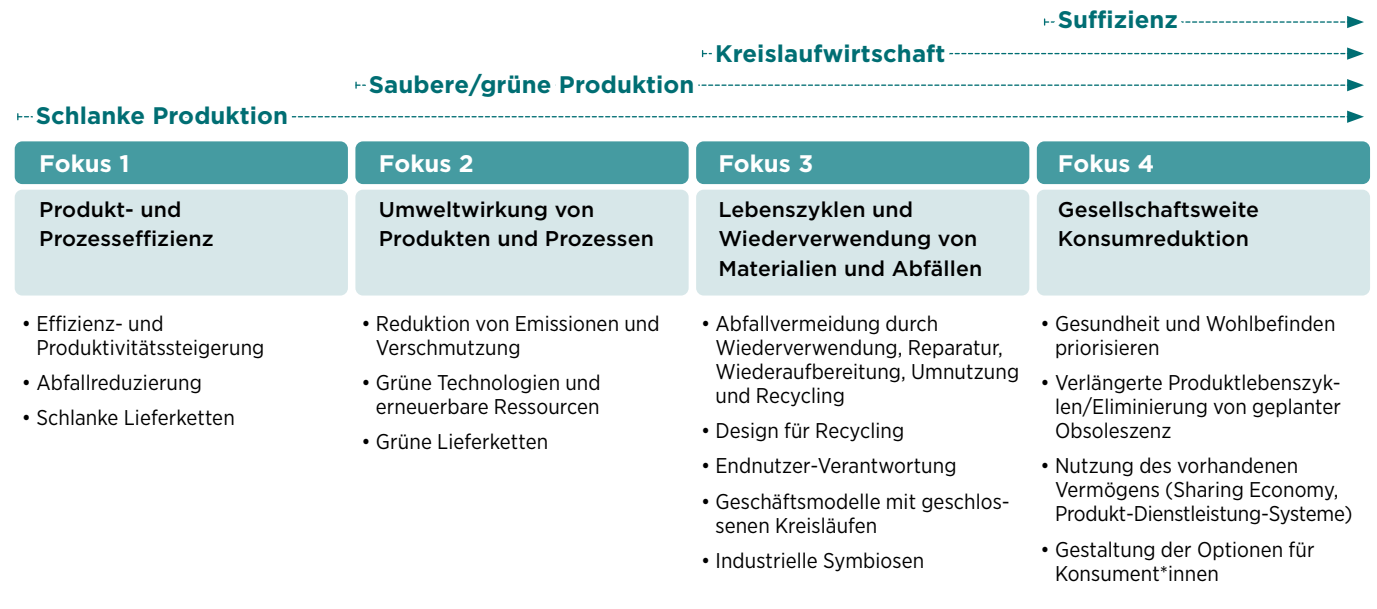
Das Etablieren einer Kreislaufwirtschaft ist entscheidend für die sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaft. Bisherige Kreislaufwirtschaftsansätze fokussieren zu oft auf technische Innovationen in einzelnen Branchen. Die stoßen jedoch schnell an ihre Grenzen, denn nicht alle Ressourcen lassen sich vollständig im Kreis führen. Außerdem benötigt die technische Rückgewinnung von



Das 9R-Modell für den Übergang von der linearen Wirtschaft in die Kreislaufwirtschaft zeigt, wie vielfältig die Ansatzpunkte sind. Auch der komplette Verzicht auf Produkte oder die intensivere Nutzung bestehender Produkte, zum Beispiel durch Teilen (Sharing), sind wichtige Bausteine. Diese übergeordneten Strategien zielen – ganz im Sinne der Suffizienz – auf die Vermeidung des Kaufs von Produkten und damit auf eine absolute Reduktion des Konsum- und Produktionsniveaus ab.
Quelle: Angepasst und übersetzt nach Kirchherr et al. (2017); angepasst von Potting et al. (2017)

Rohstoffen aus Abfällen ebenfalls energetische und materielle Ressourcen – und besonders feine und kleinteilige Rohstoffe gehen dabei oft unwiederbringlich verloren. Die Vielzahl der über 60 Elemente, die sich beispielsweise in Smartphones wiederfinden, ist dafür ein gutes Beispiel.

Eine effektive Kreislaufwirtschaft braucht daher, neben technischen Neuerungen, auch sozio-ökonomische Innovationen. Zum Beispiel Geschäftsmodelle, die deutlich stärker auf langlebige Produkte und die damit verbundenen Dienstleistungen ausgerichtet sind – etwa Verleih und Leasing, Wartungen, Reparaturen oder Upgrades. Solche Produkt-Dienstleistungs-Angebote haben das Potenzial, wirksame Anreize für suffizienten Konsum und langlebiges Produktdesign zu setzen. Hier ist die Politik gefordert, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass eine suffiziente Wirtschafts- und Lebensweise für viele Menschen möglich und erstrebenswert wird – und herauskommt aus der individuellen „Verzichtsschublade“. Mit dem Vorschlag zur Förderung der Reparaturfähigkeit von Waren im Rahmen der Ökodesign-



Ergänzt man die Ansätze der Kreislaufwirtschaft um die gesellschaftliche Komponente der Suffizienz, spricht man auch vom Konzept der suffizienz-basierten Kreislaufwirtschaft: Sie reduziert nicht nur Emissionen und Abfall, sondern auch Konsum- und Produktionsniveaus. Quelle: Angepasst und übersetzt nach Bocken und Short (2020)

Richtlinie hat die Europäische Kommission dazu im Frühjahr 2023 wichtige erste Schritte gemacht.

Haltbarkeit und Reparierbarkeit von Produkten kennzeichnen

Während in einigen Bereichen eine Label-Flut vorherrscht – etwa bei Öko-Labels

für Lebensmittel und Kleidung – fehlen verpflichtende Kennzeichnungen der Kreislauffähigkeit von Gebrauchsgütern. Solche Kennzeichnungen werden bereits politisch diskutiert, zum Beispiel ein Label zur erwarteten Lebensdauer. Oder der Reparatur-Index, wie es ihn in Frankreich bereits gibt: Produkte vom Smartphone bis zur Waschmaschine



Bei Geräten wie Laptops, Tablets oder Smartphones kommt es nicht nur auf gute Reparierbarkeit an, sondern auch auf eine lange Versorgung mit Updates.

werden anhand von Kriterien wie Preis und Verfügbarkeit von Ersatzteilen, einfacher Zerlegbarkeit oder Qualität der Dokumentation bewertet. Der daraus berechnete Reparatur-Index muss gut sichtbar an den Produkten angebracht werden, in farblichen Abstufungen von grün bis rot. Also ähnlich wie das EU-Energielabel. Und das zeigte nach seiner Einführung enorme Wirkung: Laut einer GfK-Studie sank der durchschnittliche Energieverbrauch der gekennzeichneten Geräte zwischen 2005

und 2010 um fast ein Zehntel. Das Resultat: Plötzlich gab es überwiegend Geräte in der Klasse A, die Skala musste angepasst werden.

Bei Produkten wie Smartphones, Tablets oder Laptops darf eine Kennzeichnung allerdings nicht allein auf Reparaturen oder den Austausch von Komponenten beschränkt sein, sondern muss auch die Software-Seite abdecken. Denn wenn solche Produkte bereits kurz nach dem Kauf keine Software-Up-

dates mehr erhalten, werden sie schnell unbrauchbar oder zum Sicherheitsrisiko – und damit zu E-Waste. Da nützt auch eine gute Reparierbarkeit nichts.

Infrastrukturen für eine lange Nutzung von Produkten schaffen

Die Lebensdauern neuer Elektrogeräte, Textilien und Möbel werden kürzer und kürzer. Das Resultat sind große Abfallmengen. Fehlgeleitete Entsorgungsstrukturen verschlimmern das Problem: Sie sind meist auf Entsorgung ausgelegt, statt auf Wieder- und Weiterverwendung. Diese Lücke wird aktuell hauptsächlich von sozialen und karitativen Einrichtungen gefüllt – allerdings längst nicht ausreichend: Das alte Sofa oder den Kühlschrank als Sperrmüll direkt vor die Haustür zu stellen ist deutlich einfacher, als sie zum nächsten Sozialkaufhaus zu bringen. Auch Reparaturen sind oft zu teuer und umständlich.

Deshalb sollten die Infrastrukturen für Reparatur, Wieder- und Weiterverwendung politisch gestärkt werden, etwa durch ein Recht

Handungsleitfaden kommunale Abfallvermeidung

Abfallvermeidung steht an der Spitze der Abfallhierarchie und sollte daher mit höchster Priorität behandelt werden – auch in Kreislaufwirtschafts-Politiken auf kommunaler Ebene. Der Leitfaden mit 19 praxisorientierten Handlungsempfehlungen kann Kommunen unterstützen, Abfallvermeidung systematisch und erfolgreich einzuführen und umzusetzen.

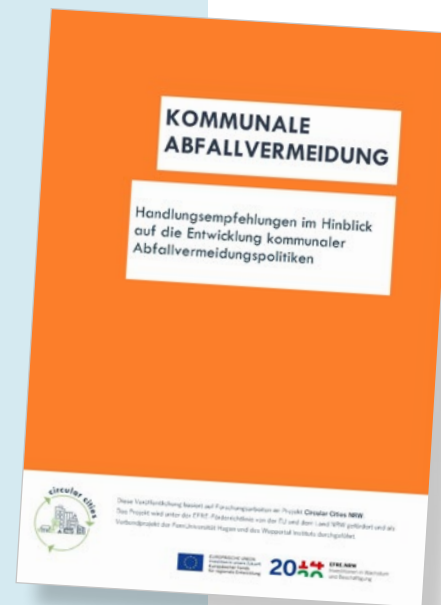
Die Empfehlungen basieren auf einer Auswertung von Abfallvermeidungsmaßnahmen in 22 kreisfreien Städten in Nordrhein-Westfalen sowie sechs internationalen Referenzfällen. Einige sind einfach umzusetzen, kostengünstig und ermöglichen schnelle Erfolge bei der Abfallvermeidung.

→ Zum Leitfaden

wupperinst.org/fa/redaktion/downloads/projects/CircCities_Handungsleitfaden.pdf

Fragen zum Leitfaden?
Melden Sie sich gerne!

Mail: bettina.bahn-walkowiak@wupperinst.org
Tel.: 0202-2492-276



auf Reparatur – also ein Maßnahmenbündel zur Verbesserung der Reparierbarkeit – sowie durch kreislauffähiges Produktdesign, aber auch durch institutionelle Förderung für den Gebrauchtgüterhandel und -tausch.

Kommunen beim Etablieren der Kreislaufwirtschaft unterstützen

In Gemeinden, Städten und Kreisen werden wesentliche Mengen an natürlichen Ressourcen verbraucht und Abfälle generiert. Deshalb sind Kommunalpolitiker in besonderem Maß gefordert: Mit ihren Entscheidungen und Initiativen steht oder fällt die Kreislaufwirtschaft auf lokaler Ebene.

Für eine erfolgreiche Transformation zur Kreislaufwirtschaft auf Kommunalebene sind zwei Faktoren von enormer Bedeutung: erstens eine wirksame Flankierung durch rechtliche Vorgaben und Förderprogramme. Und zweitens die fachliche Unterstützung der Entscheidungsträger, etwa bei der Entwicklung von Abfallvermeidungs-Konzepten oder der Weiterentwicklung der Entsorgungs- und Recycling(infra)strukturen.

Lebensmittelverschwendung beenden und Biomasse konsequent nutzen

Eine Studie des Umweltbundesamts zeigt: In deutschen Haushalten landen jährlich vier Millionen Tonnen Bioabfall im Restmüll – und können somit nicht weiterverwertet werden. Hinzu kommen Lebensmittelabfälle aus Groß- und Einzelhandel, Gastronomie, Verarbeitung und Landwirtschaft. Insgesamt zig Millionen Tonnen Biomasse mit großem Wertstoffpotenzial, das ungenutzt verloren geht.

Zwei Maßnahmen können dieses Problem lösen: Von der Landwirtschaft bis zum Einzelhandel sollte die Verschwendung ungenutzter Lebensmittel durch eine Pflicht zur Reduktion von Lebensmittelabfällen und eine Pflicht zur Spende reduziert werden. Wichtig dabei: Bei Lebensmittelspenden muss Rechtssicherheit gegeben sein. Frankreich hat ein entsprechendes Gesetz erlassen. Dort dürfen größere Supermärkte Lebensmittel nicht einfach wegwerfen, es drohen empfindliche Geldstrafen. Stattdessen soll das Essen an Wohlfahrtsorganisationen ge-

spendet werden. Das Ergebnis: Die französischen Tafeln erhalten deutlich mehr Spenden, fast die Hälfte kommt direkt von Lebensmittelläden. Ähnliche Gesetze gibt es inzwischen auch in Italien, Tschechien und Österreich.

Der in Haushalten anfallende Biomüll sollte durch die verpflichtende Einführung von Biotonnen flächendeckend gesammelt werden. Statt in Müllverbrennungsanlagen und auf Deponien zu landen, lässt er sich so sinnvoll nutzen, etwa zur Erzeugung von Biogas, Dünger und Kompost.

Kreislaufwirtschafts-Experten ausbilden

Die Transformation zur Kreislaufwirtschaft droht an fehlenden Fachkräften zu scheitern. Für die Umsetzung des Rechts auf Reparatur beispielsweise ist qualifiziertes Personal nötig, etwa in Produktdesign, Handwerk, Handel und Bildungseinrichtungen. Ähnliches gilt für die Bauwirtschaft, um die angestrebten energetischen Sanierungen und Umnutzungen ressourcenschonend umzusetzen: Vom Baustoffhandel über Handwerksbetriebe bis in Architekturbüros

braucht es tiefgreifende Expertise zu nachhaltigen Baumaterialien – inklusive Sekundärbaustoffen, also recycelten Baustoffen oder industriellen Neben- und Abfallprodukten, wie Gesteinskörnungen aus Hochofenschlacken oder Hüttensand im Zement.

Kreislaufwirtschaft muss deshalb stärker auf allen Ebenen in alle Bildungsstrukturen integriert werden – wie etwa das Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung zeigt – um unter anderem auch in der beruflichen Bildung das Wissen und die Fähigkeiten zu vermitteln, die für den Aufbau der Kreislaufwirtschaft notwendig sind. ◆

Energie: Verbrauch reduzieren, Verbraucher beraten, Verschwendung vermeiden

Positive Effekte von Effizienz und dem Ausbau erneuerbarer Energien werden teils durch zusätzliche Nachfrage ausgehebelt. Notwendig sind Rahmenbedingungen, die eine absolute Reduktion der Energienachfrage ermöglichen.

*Autor*innen: Dr. Benjamin Best, Katja Witte,
Dr. Sascha Samadi, Johannes Thema, Jenny Kurwan,
Dr. Steven März*

5-Punkte-Plan für Energiesuffizienz

- 1. Möglichkeiten für die absolute Verbrauchsreduktion identifizieren und fördern**
Maßnahmen, die einen substantziellen Beitrag zur Reduktion des absoluten Energieverbrauchs leisten können, sollten systematisch identifiziert und deren Umsetzung politisch gefördert werden.

- 2. Progressive Energietarife umsetzen**
Das größte Suffizienz-Potenzial haben Haushalte mit hohem Energieverbrauch. Daher sollten progressive Energietarife eingeführt werden.

- 3. Priorisierung bedürfnisorientierten Konsums**
Zur Reduktion von energieintensiven Konsum-Optionen sollten Subventionen abgebaut und ordnungspolitische Maßnahmen umgesetzt werden.

- 4. Ausbau der kostenlosen und leicht zugänglichen Energiesparberatungen**
Förderung der Energieberatungen der Sozialverbände, zum Beispiel des EnergieSparChecks von Caritas, Verbraucherzentralen und Energieagenturen.

- 5. Suffizienz in der Energieforschung stärken**
Bei der Entwicklung von Energieszenarien und der Konzeption von Reallaboren sollten Suffizienzmaßnahmen künftig gleichrangig zu technischen Optionen berücksichtigt werden.

Suffizienz kann – wie auch Effizienz und Konsistenz – eine der tragenden Säulen der Energiewende werden. Dabei zielt Suffizienz auf die absolute Reduktion des Energieverbrauchs ab und entfaltet hierdurch ihre komplementäre Wirkung. Schöpft man die Suffizienzpotenziale stärker aus, erleichtert und beschleunigt dies die Umstellung auf ein erneuerbares Energiesystem und senkt den Investitions- und Flächenbedarf für Wind und Solar sowie den Ausbaubedarf der

Energieinfrastrukturen, etwa der Stromnetze. Auch die absolute Abhängigkeit von Energieimporten sinkt bei einem geeigneten Instrumentenmix – und damit auch die Verletzlichkeit gegenüber geopolitischen Risiken.

Doch ohne gesellschaftliche Akzeptanz ist Energiesuffizienz politisch nicht umsetzbar. Suffizienzpolitik muss entsprechend verhaltensbedingte Veränderungen möglich ma-

chen und dabei vor allem die ungleiche Verteilung von Verbrauch und Einkommen berücksichtigen. Und: Suffizienzpolitik bedeutet nicht einfach die Energiepreise anzuheben, denn steigende Energiekosten belasten vor allem finanzschwache Haushalte, die ohne Unterstützung wenig Reaktionsmöglichkeiten haben – das größte Einsparpotenzial besteht aber bei Wohlhabenden mit hohem Verbrauch.



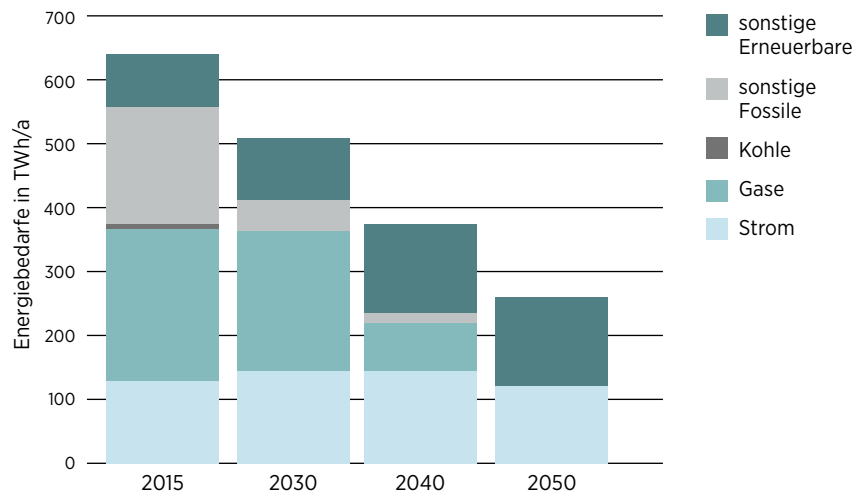
Endenergieverbrauch und jährlich installierte Kapazität von Wind und Solar in unterschiedlichen Klimaneutralitäts-Szenarien (-95% bis -100% THG-Emissionen ggü. 1990) für Deutschland: Jeder Punkt steht für ein Szenario, die Farben sind die Studien/ Autor*innen. Zum Vergleich sind der durchschnittliche Zubau der letzten zehn Jahre und der höchste erreichte jährliche Zubau angegeben.

Quelle: Cordroch, Luisa et al. (2023): Sufficiency in current scenarios (PROPOSAL), im Auftrag von ClientEarth.

Ambitionierte Ziele für die Reduktion des Endenergieverbrauchs

Ein möglichst niedriger Energieverbrauch erleichtert die Dekarbonisierung durch heimische erneuerbare Energien und hilft bei der Reduktion von Energieimporten. Die Bedeutung der Suffizienz ist erst in den letzten wenigen Jahren deutlich geworden – nicht zuletzt infolge der Preisexplosion bei Energieträgern durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Erst seitdem erfolgt eine intensivere Diskussion über die Rolle von Suffizienzmaßnahmen. Festzumachen ist dies unter anderem daran, dass Suffizienz jahrelang kaum Berücksichtigung

als Lösungsoption in Energieszenarien fand. Das hat sich nun geändert: Aktuelle Szenarien des Umweltbundesamts, des Weltklimarats oder der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Initiative „Energiesysteme der Zukunft“ setzen teils explizit auf Suffizienz als strategisches Klimaschutz-Element. Die Szenarien zeigen: Der Energieverbrauch der Konsument*innen in Deutschland lässt sich durch Effizienz-, Konsistenz- und Suffizienzmaßnahmen bis 2050 halbieren.



Entwicklung der Energiebedarfe privater Haushalte in Green Supreme: Das Umweltbundesamt geht im GreenSupreme-Szenario unter anderem davon aus, dass die durchschnittliche Wohnfläche um sieben Prozent gesenkt werden kann und die pro Kopf zurückgelegten Strecken um sechs Prozent. Solche und andere Maßnahmen können substantiell zur Reduktion des Energieverbrauchs beitragen – dementsprechend sollte die Identifizierung und Umsetzung passender Instrumente politisch gefördert werden.

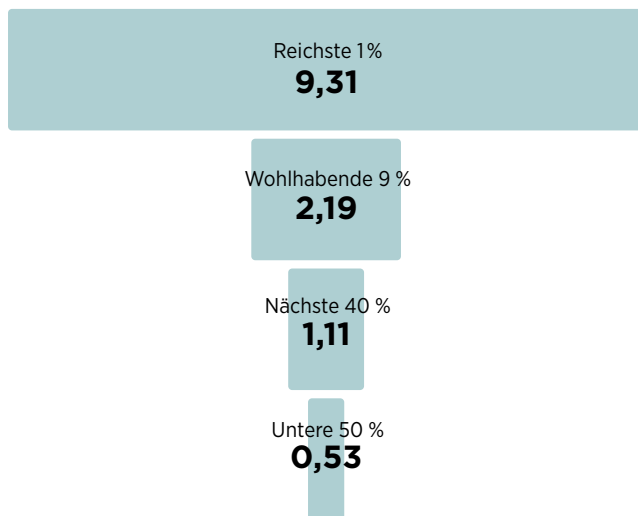
Quelle: Angepasst auf Basis von Modellierungsergebnissen von ifeu/IEE/SSG - SCOPE

Progressive Energietarife

Progressive Tarife sind für viele Bereiche denkbar, dies gilt hier beispielhaft für Strom. Der Strompreis für Haushalte besteht fast zur Hälfte aus gesetzlich und steuerlich regulierten Kosten: rund 20 Prozent für Netzentgelte und Zähler und gut 25 Prozent für Steuern, Abgaben und Umlagen. Damit hat der Gesetzgeber einen mächtigen Hebel für sparsames Verhalten in der Hand: Niedrige Verbräuche können von diesen Kosten befreit werden, für höhere Verbräuche steigt ihr Anteil progressiv.



Progressive Energietarife: Bonus-Budgets für E-Autos oder Wärmepumpen als zusätzlicher Anreiz zum Wechsel auf erneuerbare Energiequellen



Anteil an deutschen Gesamtemissionen, je Prozent Bevölkerungsanteil. Ungleiche Verteilung der Treibhausgas-Emissionen in Deutschland: Die ärmsten 50 Prozent der Bevölkerung verursachen gut ein Viertel der Emissionen. Das reichste Prozent ist verantwortlich für knapp zehn Prozent – pro Kopf mehr als das 17-fache. Bei Reichen und Superreichen ist eine Reduktion des Energieverbrauchs und der Emissionen am einfachsten herbeizuführen, da sie am flexibelsten auf Preissignale reagieren können.

Quelle: Wuppertal Institut, basierend auf World Inequality Database

Dafür bietet sich eine Weiterentwicklung der im Zuge der Energiepreis-Krise eingeführten Energiepreisbremse an. Denn die aktuelle Preisdeckelung von 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs ist sozial ungerecht: Wer schon vorher sparsam leben musste, kann den Verbrauch nur schwer reduzieren. Wohlhabende Haushalte hingegen können die Einsparungen leicht umsetzen – und ihr höherer Verbrauch wird stärker subventioniert.

Statt des Vorjahresverbrauchs sollte also ein durchschnittlicher, suffizienter Lebensstil zugrunde gelegt werden. Dafür müsste ein Grundbedarf definiert werden, abhängig von der Haushaltsgröße. So gäbe es ein günstiges Strom-Budget für einen sparsamen Lebensstil – Bonus-Budgets für E-Autos oder Wärmepumpen können dabei einbezogen werden. Sobald das Budget aufgebraucht ist, wird es zunehmend teurer. So ließe sich suffizientes Verhalten fördern, ohne finanzschwache Haushalte zu belasten.

Bedürfnisorientierten Konsum priorisieren

Der Pro-Kopf-Energieverbrauch in Deutschland liegt bei rund 100 Gigajoule pro Jahr. Laut aktuellen Transformationsstudien muss er bis Mitte des Jahrhunderts etwa halbiert werden, um die Klimaschutzziele einhalten zu können. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass mit steigendem Einkommen die Nachfrage nach energieintensiven Gütern besonders stark wächst: Flugreisen und Kreuzfahrten, Sportwagen und SUVs, Yachten und Privatjets zahlen aber nicht auf die effiziente Befriedigung von Grundbedürfnissen ein, sondern sind besonders energieintensiv, klimaschädlich und schwer zu dekarbonisieren. Um hier wirksam gegenzusteuern, muss Suffizienzpolitik auf der Konsum- und der Produktionsseite ansetzen.

Klimaschädlicher Luxuskonsum lässt sich dabei auch ohne platte Verbotspolitik einschränken – und ohne Verzicht für die breite Masse: Etwa durch Streichen von Subventionen, Steuererhöhungen für energieintensive Luxusgüter oder ordnungspolitische Maß-

nahmen. Beispiele sind schrittweise Einschränkungen für Inlandsflüge, höhere Abgaben für Privatautos mit hohem Verbrauch oder Werbeverbote für besonders energieintensive Güter.

Ein Blick ins europäische Ausland hilft, den passenden Zielkorridor zu finden. Wirksamer als das französische Inlandsflug-Verbot sollte es schon sein: Es betrifft nur Strecken, die in zweieinhalb Stunden per Bahn zurückgelegt werden können – und die drei betroffenen Flugverbindungen wurden schon 2020 im Gegenzug für Corona-Subventionen eingestellt. Eine Kfz-Zulassungssteuer nach dänischem Vorbild hingegen wäre in Deutschland wohl kaum vermittelbar: Dort wird jeder Euro über einem Fahrzeugwert von rund 27.500 Euro mit 150 Prozent besteuert.

Kostenlose, gezielte Energieberatung

Damit Haushalte individuell suffiziente Entscheidungen treffen können, sind deutlich mehr Informationsangebote und Beratung nötig: Eine stärkere Förderung kosten-

„Klimaschädlicher Luxuskonsum lässt sich auch ohne platte Verbotspolitik einschränken – ein Blick ins europäische Ausland hilft, den passenden Zielkorridor zu finden.“

loser Energieberatungs-Angebote kann helfen, den Verbrauch ohne drastische Einschnitte beim Lebensstil zu reduzieren. Haushalte mit hohem Verbrauch sollten dabei aktiv angesprochen werden, um die dort bestehenden hohen Einsparpotenziale im Komfortbereich auszuschöpfen. Eine Möglichkeit dazu sind „Energiespar-Partys“, die sich gezielt an Menschen mit hohem Verbrauch richten: Dabei geben Expert*innen im geselligen Rahmen Tipps und Tricks zum Senken des Energieverbrauchs.

Der Fachkräftemangel bei den Energieberatungen von Verbraucherzentralen, Sozialverbänden oder Mieter*innenvereinen lässt sich durch Förderung von Gruppen- und Onlineangeboten mildern – etwa Podcasts, Webinare

oder Energiespar-Workshops. Auch könnten Nicht-Fachkräfte, die ihren Verbrauch erfolgreich reduziert haben, ihr Wissen im Schneeballverfahren an ihre Peers weitergeben, motiviert durch Belohnungs- und Anreizsysteme.

Wichtig ist auch die Weiterentwicklung der Energiesparkampagne „80 Millionen gemeinsam für den Energiewechsel“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz. Zusammen mit der bereits beschlossenen Möglichkeit zur unterjährigen Kontrolle des eigenen Verbrauchs ermöglichen diese Maßnahmen den Haushalten, effektive Sparmaßnahmen zu ergreifen – und ihre Wirksamkeit zu kontrollieren und nachzuschärfen.



In Reallaboren lassen sich Realisierbarkeit, Effektivität und gesellschaftliche Akzeptanz von Suffizienzmaßnahmen unter Praxisbedingungen erforschen.

Suffizienz in der Energieforschung

Forschung zu gesellschaftswissenschaftlichen Fragen ist bereits ein wichtiger Teil der deutschen Energieforschung und -politik. Suffizienzforschung ist in der Förderlandschaft bisher aber deutlich unterbelichtet und fristet aktuell noch ein Nischendasein. Dies steht im starken Gegensatz zu den Potenzialen von Suffizienzmaßnahmen, gerade im Energiebereich. Im ersten Schritt erscheint es notwendig, die bestehenden Projekte auszuwerten und die Suffizienzforschung im Rahmen der Energieforschung auf dieser Basis deutlich zu stärken.

Die ersten Schritte dazu sind gemacht. Mitte 2023 wurden bei einem Symposium zum 8. Energieforschungsprogramm der Bundesre-

gierung die Potenziale von Energiemodellierung und sozialwissenschaftlicher Forschung für Energiesuffizienz ausgelotet: Wie kann Nachfragemodellierung einen Input für die Modellierung von Lieferketten, Industrieproduktion und Materialverbrauch liefern? Wie wird Grundbedarf definiert und von Energiearmut abgegrenzt? Wie kann Suffizienz positiv und leicht verständlich vermittelt und Wertschätzung für suffiziente Lebens- und Wirtschaftsweisen entwickelt werden?

Um diese Fragen zu beantworten, ist neben der Identifikation vielversprechender Suffizienzmaßnahmen – und deren Einbindung in Energieszenarien – vor allem die wissenschaftliche Erprobung suffizienzpolitischer Maßnahmen in Reallaboren wichtig. Denn

die komplexen sozialen Zusammenhänge, die mit Suffizienzmaßnahmen einhergehen, lassen sich nur bedingt vorhersagen und theoretisch erkunden. Wird Suffizienz aber in Reallaboren unter Praxisbedingungen und der aktiven Einbindung der Akteur*innen vor Ort erprobt, lassen sich die Realisierbarkeit, Effektivität und gesellschaftliche Akzeptanz von Suffizienzmaßnahmen deutlich besser verstehen und skalieren. ◆

Herausgeberin

**Wuppertal Institut
für Klima, Umwelt, Energie gGmbH**

Döppersberg 19
42103 Wuppertal · Deutschland
Tel.: +49 202 2492-0 · Fax: -108
info@wupperinst.org

Büro Berlin
im ProjektZentrum Berlin der Stiftung Mercator
Neue Promenade 6
10178 Berlin · Deutschland
Tel.: +49 30 28 87 458-10 · Fax: -40
buero.berlin@wupperinst.org

wupperinst.org

ViSdP:

Prof. Dr.-Ing. Manfred Fishedick,
Präsident und wissenschaftlicher Geschäftsführer
des Wuppertal Instituts

Redaktion:

Christin Hasken, Leiterin Kommunikation,
Christian Kensbock, Redakteur,
Wuppertal Institut

Bitte die Publikation folgendermaßen zitieren:

Wuppertal Institut. (2023).
Zukunftsimpuls – Suffizienzpolitik als Booster
zum Erreichen der Klimaschutzziele
(Zukunftsimpuls Nr. 27).

„Zukunftsimpulse“ liefern in loser Folge Thesen,
Diskussionsbeiträge, Einschätzungen, Stellung-
nahmen und Forschungsergebnisse mit Bezug zu
aktuellen politischen Debatten. Bis einschließlich
Band 10 ist die Reihe unter dem Titel „Impulse
zur Wachstumswende“ erschienen.

Wuppertal, September 2023

ISSN 2701-3200

Sie finden uns auch hier:



Der Text dieser Publikation steht unter der Lizenz
„Creative Commons Attribution 4.0 International“
(CC BY 4.0). Der Lizenztext ist abrufbar unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

**Informiert
bleiben**



**Newsletter
abonnieren**

wupperinst.org/newsletter



**Podcast
hören**

zukunftswissen.fm